

# Wie die Amerikaner auf Kosten anderer leben

Autor(en): **Golban, Radu**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **89 (2009)**

Heft 969

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-168269>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Barack Obama ist das Gesicht eines neuen, fairen Amerika. Glauben jedenfalls blauäugige Europäer. Falsch. Die USA sind daran, die Kosten der aktuellen Finanzkrise zu sozialisieren – wie schon oft in der jüngeren Geschichte.

## Wie die Amerikaner auf Kosten anderer leben

Radu Golban

Der Aufbau des weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystems führt dazu, dass die USA mehr konsumieren und ausgeben können, als sie verdienen. Über globale Finanzkrisen werden dann die Kosten periodisch sozialisiert. Ob das System gut funktioniert oder nicht, ist vor allem eine Frage der Perspektive. Es wird jedenfalls kaum in Frage gestellt – nicht einmal in Krisenzeiten.

Dabei hätten die Amerikaner selbst wohl Mühe, in einem solchen asymmetrischen System zu leben, wenn nicht sie es wären, die den Ton angeben. Wir erinnern uns aus dem Geschichtsunterricht an den Aufstand der Amerikaner gegen die Briten: Die Verdoppelung der drückenden Schuldenlast der britischen Krone auf nahezu 132 Millionen Pfund nach dem Franzosen- und Indianerkrieg (1754–1763) bzw. dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) veranlasste das Mutterland Grossbritannien, die Einkünfte aus Nordamerika zu erhöhen. Die Krone sah es als legitim an, die Kolonien an den Kosten für die Stationierung der Truppen zum Schutz der Siedler in Nordamerika zu beteiligen. Die weitreichende Verzollung des Konsums in den Kolonien stellte eine substantielle Einnahmequelle dar. Am 16. Dezember 1773 drangen Bostoner Bürger, verkleidet als Indianer, in den Hafen ihrer Stadt ein und warfen die Teeladungen dreier vor Anker liegender Schiffe der englischen Ostindischen Kompanie ins Wasser. Dieser Akt zivilen Ungehorsams markiert den Beginn der amerikanischen Revolution und die fiskalische Abnabelung vom Mutterland. Die «Neuengländer» waren nicht mehr bereit, die kostspielige Kriegspolitik Grossbritanniens auf dem Weg zu Ruhm, Macht und Weltherrschaft mitzufinanzieren.

Zurück zur Gegenwart: wir pflegen gemeinhin das positive Bild vom liberalen Amerika. So sehr Positivprädikate auf gesellschaftliche Bereiche zutreffen mögen, so irreführend sind sie, wenn es darum geht, die Ursachen der gegenwärtigen

Finanzkrise auszuloten. Die im 20. Jahrhundert vollzogene Liberalisierung des Welthandels führte die Nationen dazu, ihre Märkte zu öffnen, um durch Handel ihren Wohlstand zu mehren. Während sich dabei die Produktivität vieler Volkswirtschaften erhöhte, verbuchten die USA Jahr für Jahr ein Leistungsbilanzdefizit, was unter anderem bedeutet, dass sie mehr importierten als exportierten. Der dadurch bedingte Überhang an Dollars im Ausland hätte eigentlich zu einer ausgeprägteren Abwertung der Währung führen müssen, die jedoch dank der Funktion des Dollars als Reservewährung, der Attraktivität und Aufnahmefähigkeit der amerikanischen Wirtschaft für Investitionen und der Liquidität des amerikanischen Finanzsystems abgemildert wurde.

Die anfallenden ausländischen Dollarguthaben wurden nicht oder nur teilweise in die jeweiligen nationalen Währungen repatriert; der Rest wurde als Reserve gehalten und entsprechend sowohl zinstragend wie liquide angelegt. Die Finanzierung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits erfolgte so durch Wertpapierkäufe ausländischer Zentralbanken und Investoren, durch ausländische Direktinvestitionen, durch ausländische Kredite an amerikanische Kreditnehmer,

Der Aufbau des weltweiten Finanz- und Wirtschaftssystems führt dazu, dass die USA mehr konsumieren können, als sie verdienen.

sowie in Form von Barguthaben und Geldmarktanlagen von Zentral- und Geschäftsbanken.

Wie nahm diese Politik ihren Anfang? Die kostenintensive Kriegswirtschaft am Vorabend des Ersten Weltkriegs setzte dem auf Preisstabilität ausgerichteten, wenn auch nicht perfekten System des Goldstandards ein abruptes Ende und leitete gleichzeitig das neue Zeitalter des Papiergeldes ein. Die meisten europäischen Staaten waren nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer negativen Leistungsbilanz auf Kapitalimporte aus den USA angewiesen. Deutschland wurde zum grössten Nettoschuldner der Welt und musste zum Bedienen der Reparationszahlungen Kredite in den USA aufnehmen. Die Reparationszahlungen wiederum wurden von Frankreich und Grossbritannien zum Tilgen eigener Kriegsschulden an die USA weitergeleitet. In dieser Form kamen die Deutschland gewährten Kredite samt Zinsen der europäischen Siegermächte nach Amerika zurück. Hohe Goldreserven der USA ermöglichten eine grosszügige Kreditvergabe an europäische Länder zur Finanzierung von Investitionsvorhaben. Mit der Gründung des amerikanischen Zentralbanksystems (Federal Reserve System) 1913, dem Dollar-Recycling in Europa und einer Politik hoher Zinsen stellten die USA die Weichen für ihre ökonomische Vormachtstellung.

Die Ereignisse von 1929 und die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre führten zum Ende dieses Systems. Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde 1944 unter dem Namen «Bretton Woods», mit Blick auf die Nachkriegszeit, ein Finanzsystem errichtet, das wiederum auf dem US-Dollar, als der einzigen übriggebliebenen leistungsfähigen Währung, als Leit- und Reservewährung beruhte (Gold-Dollar-Standard 1944–1973). In diesem System fester Wechselkurse konnte die erste Siegermacht des Zweiten Weltkriegs, die USA, die Geldmenge beliebig erhöhen, wobei die überschüssigen Dollars durch die weltweiten Handelspartner bereitwillig aufgenommen wurden.

Der Mythos der Golddeckung einer Währung war freilich stets mehr Mythos als Deckung; denn seit Beginn wurde die Verpflichtung, ausgegebene Banknoten in Gold umzutauschen, irgendwie umgangen. Das Halten und die Akquisition von Dollars kam einem Inflationsimport gleich, dem die Handelspartner durch eine Erhöhung der Zinsen zu begegnen suchten. Die USA konnten sich also der Inflation entledigen, indem sie sie in Länder exportierten, die über einen Leistungsbilanzüberschuss verfügten und auf dessen de-

### Werden eines Tages chinesische Staatsfonds bei USA Ltd. einsteigen und mitreden, wie der singapurische Staatsfonds bei UBS Ltd.?

visenmässigen Ausgleich verzichteten. Dass Handelspartner wie Deutschland sich selbst als Exportweltmeister rühmten und rühmen, mutet vor diesem Hintergrund realitätsfremd an – sie finanzierten durch ihre Arbeit nicht nur den eigenen, sondern wesentlich auch den amerikanischen Wohlstand.

Die einseitige Aufkündigung der Goldeinlösepflicht zwischen Zentralbanken durch die USA 1971 zog 1974 das Ende des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse nach sich. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch die US-Währung so stark in den Weltmärkten verankert, dass sie weiterhin als Reserve- und Leitwährung diente. Die Verankerung des Dollars teilt sich grob in zwei Kategorien auf: einerseits bedient der gesamte Rohstoff-, Energie- und Lebensmittelhandel aufgrund der Dollarindexierung eine ständige Nachfrage nach Dollars, andererseits haben Exportnationen ein Interesse daran, den Dollar zu stützen, damit die eigenen Exporterlöse nicht zurückgehen und die Arbeitsplätze in exportorientierten Branchen erhalten bleiben.

Solange auf den Weltmärkten eine permanente Nachfrageinduktion nach Dollars herrscht und eine fundamentale Wechselkursanpassung ausbleibt, enthalten die Exporterlöse aller Länder dieser Welt in Dollar letztlich einen Tribut

an die USA. Mitunter durch Kriege, die der Rest der Welt mitfinanziert, sichern sich die USA die Förderstätten der Rohstoffe und damit die Indexierung in Dollar. Wenn diese Verankerung gelegentlich kriselte, waren die weltweiten Notenbanken, angeführt von Deutschland und Japan, stets bereit, Dollarstützkäufe zu tätigen.

Während die US-Notenbank in den letzten Jahrzehnten billig Geld produzierte, das den US-Konsumenten über günstige Hypothekarkredite weitergereicht wurde, konnten diese zu niedrigen Preisen asiatische Güter konsumieren. Die Exporterlöse dieser asiatischen Staaten finanzierten ihrerseits, durch den Kauf von US-Anleihen, das Budgetdefizit der USA. Das Weltwirtschaftssystem war und ist geprägt von einer expansiven Geldpolitik der USA, einer hohen Sparneigung in Asien und Europa und einem niedrigen Wechselkurs der exportierenden Volkswirtschaften. So ist ein Kreislauf entstanden, der seit Jahrzehnten nach dem immer gleichen Muster abläuft.

Man kann sich nun fragen, ob die gegenwärtige immense Verschuldung des amerikanischen Staates mit ihrem inhärenten Inflationspotential und die Verwerfungen und Verzerrungen des amerikanischen Finanz- und Binnenmarktes nicht gelegentlich die bis jetzt stets als gegeben genommene Widerstandskraft des Dollars übersteigen und eine Zeitbombe darstellen könnten, die sich nur mit Hilfe der gesamten noch mobilisierbaren globalen Finanzkraft entschärfen liesse. Die USA befänden sich dann in der Lage jener Banken, die neulich gerettet werden mussten, weil ihr Untergang denjenigen des gesamten Wirtschaftssystems nach sich gezogen hätte. Werden die USA einmal auch bloss noch «too big to fail» sein? Werden eines Tages chinesische Staatsfonds bei USA Ltd. einsteigen und mitreden, wie der singapurische Staatsfonds bei UBS Ltd.?

Die Chinesen jedenfalls beginnen, eine neue Weltwährung zu fordern. Vorderhand bleibt ihnen zwar nichts anderes übrig, als Dollars entgegenzunehmen und die amerikanische Währung zu stützen; denn würden sie all ihre Dollars auf den Markt, käme es zu einem Währungszersplitterung, wobei sie ein Gutteil ihres Vermögens verlören. Aber aus China erwächst den USA zunehmend Widerstand. Die Europäer machen, anders als die Chinesen, hingegen wenig Anstalten, Kritik am Wirtschaftssystem zu üben; sie spielen das Spiel weiterhin mit. Das ist merkwürdig, leisten sie doch nicht nur einen unfreiwilligen Beitrag zum überschwänglichen Lebenswandel, sondern auch zur Hegemonialpolitik der USA.

Erinnern wir uns – wie hat sich die Neue Welt aus den Klauen des britischen Empires befreit? Die erwähnte Bostoner Teeparty wäre auch eine Antwort auf die aktuelle, durch die lockere Geldpolitik der USA mitverschuldete Finanzkrise. Möchte man dieses System verändern, in dem die einen auf Kosten der anderen konsumieren, so wäre nun Teatime!

RADU GOLBAN, geboren 1973, ist promovierter Ökonom und Unternehmer. Er beschäftigt sich wissenschaftlich vor allem mit geld- und währungspolitischen Fragen.